

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die 'Volksstimme' erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage). Verantwortlicher Redakteur für den heimlichen und öffentlichen Verkauf: Rudolf Kochanski, Halle, für den öffentlichen Verkauf: Otto Pollender, Leipzig. — Verleger: C. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck: Freie Presse C. m. b. H., Leipzig, Königsstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postämtern vierteljährlich 2,70 M. ohne Postgebühr. Einzelne Nummern 10 Pf. — Inzeratspreis: Die 5. Spalte 120 Pfennig, Inzerate von 6. bis 10. Spalte 100 Pfennig, in Restamteil 70 Pfennig. Verleger: C. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27, Fernr. 9407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 247.

Halle, Donnerstag den 24. Oktober 1918.

2. Jahrgang.

Ein Oppositionstag.

Die Mittwochsitzung des Reichstags begann mit einer langen Rede des Abg. Gaale. Der Führer der Unabhängigen war diesmal in einer ziemlich günstigen Situation. Seine Partei nimmt an der Regierung nicht teil, ist mit der Verantwortung nicht belastet und kann ihrem Herzenanhang nach Kritik freien Lauf lassen. Dazu kommt, daß ja die Dinge einen Lauf genommen haben, der von dem Anfang an bestimmt bestimmt richtig war; aber es wäre weit gefehlt, deswegen anzunehmen, daß gerade und nur die Unabhängigen recht behalten hätten; man könnte Angesichts der bürgerlichen Fraktionen, auch wohl nicht wenige Mitglieder unserer eigenen Partei, die ihre schärfsten Erwartungen erfüllt sehen. Verschieden sei, daß Gaale als erster Redner in dieser Debatte die Frage der Monarchie aufwarf, daß er die Entscheidung über Elsaß-Lothringen nur durch die Volksabstimmung getroffen sehen und daß er auch die Streifen nicht durch einen polnischen Gürtel vom übrigen Deutschland abtrennen sehen will. Der Abg. Gaale erklärte, die antimonarchischen Extraparlamente Gaales zurückzuweisen; sie seien nicht zeitgemäß — was immerhin weit entfernt ist von der tiefen Enttäuschung, die man nach der nicht allzulangen Zeit vom Regierungsbüro hätte vernahmen müssen. Im übrigen war seine Rede einerseits sehr geschicklich und wirksam, andererseits gegen die konservativen Reformgegner gerichtet. Er wies auch nach, daß ein Koalitionskabinet, in dem auch die Konservativen sitzen, nicht dazu beitragen könnte, uns das verheißene Vertrauen der Welt wiederzugewinnen.

Graf Stoltebusch fand sich mit dem militärischen System nicht und recht und mit allerhand Bedenten und staatsrechtlichen Untersuchungen ab. Der Volkstempel war in der Form unangenehm, in der Sache allerdings entsprach seine Rede jenen polnischen Kundgebungen, die man in der letzten Zeit auch von den preussischen Polen vernommen hat. Sehr bedeutsam war die Rede des Abg. Händl. Er erklärte, daß die Erhebung des Reichslandes zum Bundesstaat, wenn sie rechtzeitig gekommen wäre, vielleicht sogar den Krieg verhindert hätte; jetzt aber bedeute die, daß der einseitigen Entscheidung vorgegriffen werde, was die Elsaß-Lothringer nicht anerkennen vermöchten. Daß der Same des Kampfes, allerdings in seiner Wurde und unüberlebenden Art, die Volksabstimmung für Nordwestfalen forderte, war nicht mehr übersehbar. Er fand sich dabei auf den 5. des Brägers Friedens von 1866 beziehen.

Nach diesen Reden vertagte sich das Haus auf Donnerstag, wo zuerst die Regierung zu den Erklärungen der 'Nationalitäten' Stellung zu nehmen haben wird. Während der Sitzung fand übrigens von dem Reichstage eine Demonstration der Anhänger Liebknechts statt, die ihn im Triumph vom Bahnhof abgeholt hatten.

Die unabhängigen Rechthaber.

Die Stichwahl der Unabhängigen im Reichstagswahlkreis Berlin I ist ausgefallen worden; wie wir nicht einen Augenblick anders erwartet haben, da wir die Unabhängigen ja konnten, lautet sie auf Stimmhaltung im Kampfe zwischen dem Sozialdemokraten Weimann und dem fortschrittlichen Vertreter des Großhandels, und gestern hat im Reichstag Herr Gaale von den drei Stunden seiner Rede mindestens die Hälfte ausschließlich dem Kampf gegen die Sozialdemokratie gewidmet.

Sogar Gaale hat gegen dieses Treffende ausgesüßelt. Niemand wird sich wundern, wenn er Fehler der Vergangenheit brandmarkt und vollkommen zutreffend nachweist, daß mit dem Eintritt neuer Männer in die Regierung die Gegebenheiten dieser Verwaltungsorgane sich noch nicht im mindesten gebessert haben. Vergleichen erfordert Zeit. Der Vorschläger in Gaales Rede war die Erzählung von den ruffischen Kronen. Aber Herr Gaale hat mit Recht hervorgehoben, daß gerade für dieses Kapitel das Bürgerrecht und selbst die konservativen Kreise augenblicklich ein härteres Interesse haben als die Arbeiter. Die Junker haben deswegen getobt; sie haben von Gaale den Beweis verlangt, daß konservativen Zeitungen etwas gegen die Monarchie geschrieben hätten. Gaale konnte den Beweis nicht im Augenblick bringen und ließ einem Heinen Mißerfolge. Deshalb ist an dieser Stelle festzustellen, daß es der Berliner Organ der Arbeiter, die Deutsche Zeitung gewesen ist, die vor ganz wenigen Tagen erklärt hat, es müßten alle abgelegt werden, die an dem Zusammenbruch schuld seien, auch die Schöpfungenden. Das ist wohl deutlich genug!

In der Sauphase aber hat sich Gaale gerüht, wieviel klüger seine Unabhängigen gewesen seien, als wir in der alten Partei. Die Antwort darauf bringt heute die Bremer Arbeiterpolitik:

„In den Wählerbesprechungen zu Berlin schwingt Herr Gaale Reden, eine immer stärker als die andere. Da sollen die Wähler glauben, daß es der Mann, auf den man sich verlassen kann... Sie haben ganz und gar vergessen, daß, soweit die Verantwortung für den Niedergang der sozialistischen Sache überhaupt einzelnen Personen zufällt, sie mit voller Macht auf den Schultern derjenigen laie, die heute die Führer der Unabhängigen sind. Und heute haben am 4. August 1914 fünfliche, aber auch fünfliche sozialdemokratische Abgeordnete die 5000 Millionen Reich Mark Kriegsgeld bewilligt. Darunter waren auch alle, die heute an der Spitze der Unabhängigen stehen. Es ist also einleuchtend, wenn Herr Richard Müller behauptet, die heute mit ihm in der un-

abhängigen Partei vereinigen Genossen seien dem Kriegslärm nicht geflohen, sondern hätten mit Entsetzen zugehört. Unter den Bewilligern waren, um nur einige zu nennen, Geber, Gaale, Senf, Herzfeld, Rebedour, Kohlbrer, Pittmann, Friedhoff, Küble. Eine einzige Ausnahme machte der Genosse Funtner. Aber auch er hat nicht gegen die Kreditbewilligung, sondern sich durch Verlassen des Saales der Abstimmung entzogen.“

Die Bremer Arbeiterpolitik zählt dann auf, wie die verschiedenen Unabhängigen dreimal, dreimal und viermal Kriegsgeld bewilligt haben, wie Rebedour doziert hat, Kriegsgeld hätten nichts mit dem Prinzip zu tun und Pittmann und Kübel ein Jahr lang im Lande umherzweifelt, und wahre Kriegervereinsredner dielten, um in den Volksmassen Einnahme für den Krieg zu machen. Einem David und seine konnte man schließlich seinen Vorwurf machen, wenn sie in der wichtigsten Stunde Deutschlands zu abstimmen hätten; wie es den Überlebungen entsprach, die sie schon vor dem Krieg immer vertreten hätten. Jeder hätte erwartet, was er von ihnen zu erwarten hatte. Aber die Gaale, Senf und Rebedour hätten die Kriegsgeldbewilligung gegen ihre Überzeugung bewilligt, bloß um die patriotische Einmütigkeit nicht zu lösen. Sie hätten dadurch der Regierung alles geleistet, was die Sozialdemokratie für ihre Kriegspolitik überhaupt leisten kann; sie hätten von vornherein geholfen, die Massen für den Krieg zu begeistern. Und so gelangt die Arbeiterpolitik zu folgendem Schluß:

„Und heute wagt man zu sagen, man habe mit Entsetzen abseits gestanden. Wahrheit, wenn die deutschen Arbeiter wirklich auf sich eine allezeit bessere Demagogie beschränkt, dann sind sie auch nichts besseres wert. Im Grunde machen es die Unabhängigen gerade so, wie Herr Geber Bernhard; sie passen sich der Konjunktur an. Am Anfang des Krieges glaubten sie mit Kriegsbegeisterung die besten politischen Beschäfte zu machen, und so konnten sie in Kriegsbegeisterung. Allmählich änderte sich die Konjunktur, und damit änderte sich die Werte, welche die Führer der Unabhängigen auf dem politischen Parkett anboten, und heute sind sie nun bei dem genauen Gegenteil hinfällig angefallen, wozu sie ausgingen. Aber das fände ich nicht, ebenso wie Herr Bernhard zu verzeichnen, daß sie 'sich immer' so gefolgt hätten. Und so werden sie sich auch weiter der Konjunktur anpassen. Das würde ich ihnen, als richtige Erkenntnismänner immer auf die Beine zu fallen. Das bedauerliche Exaktat wird noch kein blaues Wunder erleben, wenn es sich ihrer Führung anbequemt.“

Es ist ein sehr liebreichwirdiger Zufall, daß diese Abrede von den Unabhängigen gerade am Tage der neuen Saale-Rede erscheint, deren einziger Inhalt sich in die Worte zusammenfassen läßt: wir haben es ja schon immer gesagt! Wir haben der Abfertigung durch die Bremer Arbeiterpolitik unsererseits nichts hinzuzufügen.

Die „niedergetrippelte Friedensdemonstration“ der Berliner Anhängigen.

„Polizei Brutalität und Sabelherriaat gegen die den Frieden fordernde Arbeiterheit fern zu auch unter den neuen Regierung“ erregt. Die Polizei hatarbeitet Frauen mit dem Säbel! So bis es in einem an der Spitze der Berliner Anhängigen den Berliner Arbeiterparteien eine sensationell zuerst gemachten Artikel über die verunglückte „Friedensdemonstration“ der Berliner Anhängigen. „Unter den Linden bewies die Polizei“, — das heißt die Polizei der neuen Regierung — daß sie demontrierende Arbeiter nicht mit der gleichen Sorgfalt behandelt wie demontrierende Arbeiter. Sie jagten und hieb auf die streikende Truppe vor dem Reichstage.“ So malte die Leipziger Volkszeitung den Vorgang weiter aus.

Wir haben sofort am Tage nach der famosen „Friedensdemonstration“ keinen Zweifel darüber geäußert, daß wir das Eingreifen der Berliner Polizei nicht billigen, zumal erst dieses von der ganzen „Demonstration“ reden ließ. Um die Mensch mehr bestimmter. Aber die sensationelle Aufmachung des Vorgangs in der Leipziger Volkszeitung, bei der es sich offensichtlich weit weniger um einen Protest gegen die Polizei als um die löbliche Arbeit handelte, die neue Volksregierung in Mitleidenschaft zu bringen, gibt uns doch Veranlassung, nochmals auf die Sache zurückzukommen. So ist denn nachträglich festzustellen, daß in den Fabrik-Groß-Verlins zahlreiche Gegendteile verbreitet wurden, die zu der Demonstration nachmittags 4 Uhr vor dem Reichstage aufzuforderten, in denen aber die Arbeiter an dem mit feinem Wort die Rede war. Der Ort war, daß zwar einige Tausende Arbeiter feierten, zumeist aber sah vor dem Reichstage ein, wo sie, wie die Leipziger Volkszeitung selbst sagt, bis gegen 47 Uhr „demontrieren“ konnten. Ein Teil der „Demonstranten“ ging durch das nicht abgeperrte Brandenburger Tor in die Straße Unter den Linden, wo sie durch die zahlreichen Wachen und sonstige Neugierige schnell auf ein paar Tausend anwuchs und freudig begrüßt wurden von den Angestellten der russischen Botschaft. An der Charlottenstraße ergriff die Polizei aus Verheerungsgründen ein. Es hat dabei ganze zwei Verhaftungen, aber keine Verurteilungen gegeben. Es sind also nicht mehr Frauen verlegt oder mit Polizeigewalt bedrückt worden.

Wir haben gewiß keinerlei Ursache, die Berliner Polizei in Schutz zu nehmen. Mit Entschiedenheit muß sich aber jeder anständige Mensch gegen die Entstellungen und Ueberhebungen wenden, mit denen die Sentationsmade der Leipziger Volkszeitung arbeitet, welche erschames Papier kein höheres Ziel kennt, als das Vertrauen zu der neuen Volksregierung und in ihren Friedenswillen zu erschüttern. Für diesen ererbten Zweck ist der Leipziger Volkszeitung kein Mittel zu schlecht. Wie die öffentliche Meinung durch die Schönfärberei und Großsprecher der Abweichung irregulär wurde, so täuscht jetzt die Leipziger Volkszeitung durch historisch-schwärzlerische, obwohl heute handgreiflich ist, wozu Unmohrhaftigkeit führt.

Die Krise in Oesterreich.

Die Wiener Arbeiterzeitung fordert scharf: Kein freies Liebergabe der Regierungsgewalt, weil Oesterreich nicht mehr funktionieren könne, an die Nationalausschüsse. Das sei ein Gebot vor allem der Ernährungslage, aber auch der Friedensmöglichkeit, und jede Versäumnis wird unter dem Druck totalitärer Ereignisse nur zu großem Opfern führen.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

160. Sitzung. Mittwoch, 23. Oktober 1918.
Am Ministertisch: Friedberg, Dreuss, Eisenhardt-Roth, Bergh.
Das Haus ist zu beschaffen.
Präsident Graf Schwerin eröffnet die Sitzung mit einer Anrede: Noch nie zuvor ist das Preussische Abgeordnetenhaus in so enger und längerer Stunde zusammengetreten wie heute. Unsere Hoffnung auf eine erfolgreiche Offensiv haben wir begraben müssen, sie ist zerschanden worden durch ein übermächtiges Bündnis der feindlichen Streitkräfte und durch den unermesslichen Zusammenbruch Belgiens. Wenn die angesprochenen Friedensbedingungen abgemacht werden sollten, so muß unser Volk sich noch einmal zu einem letzten entscheidenden Beteiligungsstapf auf Tod und Leben entspannen lassen. So kann es nicht glauben, daß unser Volk in seiner Widerstandskraft nicht mehr das Volk Friedrichs des Großen und der Freiheitskriege sein sollte. In der Stunde der höchsten Gefahr des Vaterlandes sollte jeder Patriote unter sich stehen; wenn der Feind vor unseren Toren steht, müssen alle Volkstreue sich zur Beteiligung des schwer bedrohten Vaterlandes zusammenfinden. (Beifall.) Wir bedürfen der Einheitströme auch im Innern zur Erämpfung eines ehrenvollen Friedens. (Beifall.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst eine förmliche Anfrage der Abg. Dr. Bell (Str.) und Genossen über die Wohnungsfrage.

Abg. Dr. Bell (Str.) verliest angelehnt der Geschäftsbüro aus dem Antrag der Interpellation und beantragt gleichzeitig die Beantwortung des gleichem Gegenstandes beantragt Dr. Heber (Kön.) und Clemen (Kön.) an den Wohnungsminister.
Abg. Dr. Hoffmann (L. Sos.) widerspricht und fordert sofortige Beantwortung der Wohnungsfrage.

Abg. Dr. Pösch (Str.) Angelehnt der ersten Situation unseres Vaterlandes müssen wir die Frage im Aufpruch zu eröffnen.
Abg. Dr. Hoffmann (L. Sos.): Das Abgeordnetenhaus muß die Zeit finden für Kulturfragen und darf nicht nur zu einer nationalnützigen Frage zusammenberufen werden.

Der Antrag der L. Sos. auf Beantwortung der Interpellation wird nicht ausreichend unterstellt.

Es folgt der Antrag Clemen auf Freigabe der zur Ausbesserung erforderlichen Mittel der Provinzialverwaltung.
Ein Antrag über die Beschaffung auswärtiger Wohnungen auf dem platten Lande begründet Abg. Graf v. d. Groeben (Kön.).

Abg. Paul Hoffmann (L. Sos.) äußert den Umfang der Wohnungsnot. Statt zur Abhilfe Geld auszugeben, hat man alles dem Militärismus geopfert. Will man die Wohnungsnotenden bei Goschoden der Schuld weit empfangen? Der Preßident hat von der nationalen Beteiligung gesprochen, aber die Soldaten wollen nicht mehr hinausgehen. Imperialismus und Militarismus sind heute ebenfalls überfällig, wie die Duma. (Beifall.) Dr. Hoffmann erwidert dringlich, solche Überzeugungen zu unterlassen. Man verbindet uns eine Zeitung in Berlin herauszugeben.

Abg. Crenawitz (Zenitum): Mit solchen Reden trägt man nicht zum Aufbau glücklichen Frieden bei. Crenawitz und Paul Hoffmann sind Handlung der feindlichen Auslandes. Wir müssen unseren Kriegesbedingten Wohnung verschaffen. Der Staat muß auch zweie Opponenten gewähren. Der Redner schließt darauf die drückende Wohnungsnot in Rheinland-Beifall.

Preussischer Wohnungsminister Crenawitz von der Brüggen: Das heißt, wohl das einzige Mittel zur Abhilfe der Wohnungsnot ist die Förderung des Wohnungsbaues. Der Forderung von Baugeldern mit beiderlei Zimmerkassen zugewendet. Dem Wunsch, bei der Demobilisierung in erster Reihe die Banarbeiter frei zu machen, kommt die Mobilisierungsgespan entgegen. Die Erträge von provinziellen Wohnungs-Geldern ist bereits in die Wege getreten worden, die hierfür ausgerechnete Summe von 10 Millionen soll verdoppelt werden. Für Staatsarbeitenwohnungen sollen 40 Millionen flüssig gemacht werden. Wir werden noch viel tun zur Abhilfe der Wohnungsnot. (Beifall.)

Abg. H. (Str.): Trotz Wohnungsminister und Beifall ist in der Wohnungslage noch nicht gebessert, die furchtbare Not dauert fort. Der Staat muß ein Baugeld her, namentlich der Sozialisten muß die Kriegeskonjunktur gehörig aus. Man müßte einen großen Teil der stillgelegten Güter als bald in Betrieb nehmen und um Rollen von den benachteiligten Leuten stellen, nämlich diejenigen in der Hand der Kapitalisten zu haben.

Abg. H. (Str.): Es handelt sich hier um eine recht dringende Frage. Die theoretischen Ermahnungen müssen endlich in die Praxis umgesetzt werden. Der Finanzminister hat so seine Hilfe in Aussicht gestellt. Das Privatkapital darf aber auch nicht ausgeschaltet werden. Wir müssen unter allen Umständen den bedrückten Kriegern Wohnungen schaffen. (Beifall.)

Abg. Grundmann (Kön.) polemisiert gegen den Abg. H. (Str.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171333730-17062977519181024-19/fragment/page=0001

DFG

Abg. Stögel (Vole):

Abg. Graf Welser sagte gestern, kein Ausbruch deutschen ...

Deutscher Heeresbericht vom 23. Okt.

Abg. Graf Welser sagte gestern, kein Ausbruch deutschen ...

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die Kämpfe in der Gegend Niederrhein am 22. Okt. ...

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Südlich von Metz räumen wir den vordringend vorgetriebenen ...

Heeresgruppe Gallien.

Zwischen Argonnen und Maas und zwischen Maas und ...

den deutschen Völkern die volle Wahrheit zu sagen, um keine trügerische ...

Abg. Hansen (Vole):

Das Wesen der konstitutionellen Monarchie besteht in der Trennung ...

Abg. Graf Hofmann (D. Frakt.):

Das Wesen der konstitutionellen Monarchie besteht in der Trennung ...

Abg. Graf Welser (Kon.):

Abg. Debes (L. So.):

Abg. Ober (So.):

Abg. Graf Welser (persönlich):

Abg. Graf Welser (Kon.):

Abg. Graf Welser (Kon.):

Abg. Graf Welser (Kon.):

Abg. Graf Welser (Kon.):

Abg. Graf Welser (Kon.):

Abg. Graf Welser (Kon.):

Abg. Graf Welser (Kon.):

Abg. Graf Welser (Kon.):

Abg. Graf Welser (Kon.):

Abg. Graf Welser (Kon.):

Abg. Graf Welser (Kon.):

Abg. Graf Welser (Kon.):

Abg. Graf Welser (Kon.):

Abg. Graf Welser (Kon.):

Abg. Graf Welser (Kon.):

Abg. Graf Welser (Kon.):

Abg. Graf Welser (Kon.):

Vertical text on the left margin, likely bleed-through or a separate column.

Es ist mir unverständlich, daß manche glauben, durch den Wechsel der Regierung oder in der Reichstagsvertretung könnte die Sicherheit der Kriegsanleihe nur im geringsten gefährdet sein.

Kopf

Aus der Partei.

Vom Wortwärt.

Ein Berliner Blatt teilt mit der Aufforderung einer Berliner Korrespondenz mit, das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie werde vom 1. November an täglich erscheinen.

Abg. Graf Welser (Kon.):

Abg. Graf Welser (Kon.):

Abg. Graf Welser (Kon.):

Abg. Graf Welser (Kon.):

Abg. Graf Welser (Kon.):

Abg. Graf Welser (Kon.):

Abg. Graf Welser (Kon.):

Abg. Graf Welser (Kon.):

Abg. Graf Welser (Kon.):

Abg. Graf Welser (Kon.):

Abg. Graf Welser (Kon.):

Abg. Graf Welser (Kon.):

Zwischen Himmel und Erde.

Roman von Otto Lubjig.

Fritz Rettenmaier begleitete den Gezellen eine Strecke Wegs. Der Gezelle will schneller ausbrechen und dankt ...

Händezusammenfassen um eine bleiche Gestalt am Boden, dann ein langsam wallender Reizungszug; und bald war es ...

muß sich der Mensch ergeben." Und wie er die Achsel zu den Worten zuckte, da ward er einen leichten, schlanke ...

